

Für nationale und soziale Freiheit - gegen Diktatur und Reaktion

Die Verhandlungen am Dienstagmorgen begannen mit einleitenden Begrüßungsworten von Vertretern der Brudergesellschaften aus Österreich, Oberösterreich und Danzig. Zur Diskussion über die am Tage vorher gehaltenen Vorträge Bernhard Ottos über „Die Stellung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften“ und Jakob Kaisers über „Das staatpolitische und nationale Wollen der Bewegung“ sprach zunächst Hornbach und der Vertreter des Gesamtverbandes, Dr. Röhr, Berlin. Hornbach wies in seinen Ausführungen wirkungsvoll auf die unhaltbar gewordene Entwicklung in der Schlichtungspraxis hin, die dazu geführt habe, daß heute die Schlichter in ihren Entscheidungen völlig unfrei und abhängig geworden sind. Dr. Röhr stellte außerordentlich eindrucksvoll den Widerspruch in der Handhabung der Verfassung durch die gegenwärtige Regierungspraxis zum grundlegenden Verfassungsrecht heraus. Was in der gegenwärtigen Regierungspolitik geschehe, sei vom wirklichen Geiste der Verfassung weit entfernt und keine Politik verfassungsmäßiger Freiheit und Demokratie mehr, sondern eine Politik der Staatsräson und Brachialgewalt. Mehrere Vertreter der Delegierten aus dem Arbeitsverhältnis illustrierten in ihren Ausführungen die katastrophalen sozialen Auswirkungen dieser Politik. Die soziale Not ist im Volke durch die letzten Regierungsmaßnahmen in einem Maße verschärft und gesteigert worden, daß das Schlimmste zu befürchten ist. Die Verhältnisse selbst zeigen so die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik und ihre unsozialen Maßnahmen. Sie dokumentieren keine soziale Volksführung mehr, sondern soziale Reaktion, gegen die sich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen muß.

Stürmisch von der Versammlung begrüßt, ergriff dann Prälat Pieper das Wort, um dem Kongress seine Freundschaftsgrüße und Wünsche auszusprechen. Von dem Gedanken der Unabhängigkeit und des Selbstständigkeitsstrebens der christlichen Gewerkschaften ausgehend, ermahnte er zur weiteren unabdingten Wahrheit des gewerkschaftlichen Freiheits- und Unabhängigkeitsprinzips, das sich nicht brennen könne unter einer erneuten Feindverfassung oder Diktaturgewalt. Unter stürmischer Zustimmung der Delegierten richtete er an die Regierung die Mahnung, jene Reden vom Christentum und von Verantwortungsbewußtsein, die man immer wieder glaubt, den unteren Volkschichten halten zu müssen, den Kreisen der Besitzenden und Begünstigten zu halten, die sie viel mehr angehen.

Landtagsabgeordneter Hillenbrand, Saarbrücken, wies in besonders deutlicher Sprache auf den Widerstand der Regierungspolitik zu den verfassungsrechtlichen Grundzügen hin. So wie die Arbeiterschaft im Saargebiet unter französischer Zensur sich rückhaltslos zu einem wahren und offenen Sprache bekannt habe, werde sie sich auch nicht scheuen, unter einer sogenannten Präsidentenregierung zu sagen, was ist.

Am Nachmittag wurden die Verhandlungen fortgeführt mit einem einleitenden Referat des Geschäftsführers des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Fritz Baltzschu, über: „Die Wirtschaftspolitik und die volkswirtschaftliche Orientierung der Gewerkschaften“.

Der Redner legte in seinem Vortrage die grundzügliche Orientierung der christlichen Gewerkschaften zu den aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik, insbesondere zu den Fragen der Lohnpolitik und ihrer Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung dar.

Im Mittelpunkt der Aussprache über den Vortrag Baltzsches standen insbesondere die Fragen der Verstaatlichung des Bergbaues, der Rationalisierung und die Frage der Autarkie als erstrebtes Wirtschaftsziel. Von Vertretern der Bergarbeiter und der

Metallindustrie wurde unter lebhafter Zustimmung der Delegierten die Forderung Imbussch's, des Führers des christlichen Bergarbeiterverbands, nach Verstaatlichung des Bergbaues begründet und darauf hingewiesen, wie unhaltbar der bisherige Zustand sei, daß der Staat nur die Verluste finanziere, aber auf das wirtschaftliche und soziale Verhalten der Betriebe keinen Einfluß habe. So genannte Wirtschaftsführer, die wie Herr Eißel selber durch ihre Finanzattraktion „Verstaatlichung“ des Bergbaues betreiben, haben am wenigsten Recht, sich über die Forderung der Arbeiterschaft nach Überführung des Bergbaues in Allgemeinbesitz aufzuhalten.

Eine vernünftige Nationalisierung ist immer auch von der Arbeiterschaft gefordert worden. Niemals aber hat die Arbeiterschaft eine Nationalisierung vertreten, die sinnlos auf die Nur-Auszahlung der Menschen aus dem Produktionsprozeß zum Ziele hat und die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit katastrophal verstärkt. Die Arbeiterschaft aber sei ja in den letzten Jahren systematisch immer mehr aus Mitbestimmung und Kontrollrecht verdrängt und aus der Wirtschaftsführung ausgeschaltet worden.

In gleicher Würdigung der binnennationalen politischen Interessen, wie der weltwirtschaftlichen Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft lehnte der Kongress die von gewissen Seiten geforderte wirtschaftliche Autarkie ab und trat für eine gesunde Reagalisierung im Sinne der Brüning-Steigerwaldschen Pläne der Siedlungs- und Agrarpolitik und für die Wahrung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Landwirtschaft und Industrie ein.

Der Wirtschaftsplan der Regierung von Papen fand in der Aussprache besondere Würdigung. Unter weitgehender Zustimmung zu den steuer- und kreditpolitischen Maßnahmen wurden eingehend die spekulativen Schwierigkeiten des Planes herausgestellt, der in seinem Erfolg um so zweifelhafter sei, als die lohn- und sozialpolitischen Maßnahmen die möglichen guten Auswirkungen des Planes durch weitere Verarmung der Arbeiterschaft und Raumkraftschwäche verhindern müßten.

Eindrucksvoll wurden von den Vertretern verschiedener Verbände die katastrophalen Auswirkungen des bereits erfolgten Lohnabbau des demonstriert und nachgewiesen, daß schon bei den gegenwärtigen Löhnen die Arbeiterschaft erheblich unter dem Existenzminimum liegt und bei weiteren Lohnreduzierungen buchstäblich verehelichen müßte.

Wenn man sich die Lebenshaltung der breiten Arbeiterschaft betrachtet, so erkennt man klar, wie sinnlos die sozial- und lohnpolitischen Maßnahmen der Regierung sind.

Forderungen und Entschlüsse des Kongresses

Nach Beschlusstreffung über die vorsiegenden Anträge und Reurochsen des Vorstandes und Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften faßte der Kongress einstimmig eine Reihe von Entschließungen. Nach Kenntnahme der neuzeitlichen Kontingenzmäßigkeiten der Reichsregierung nach den Wünschen der Grünen Front beschloß der Kongress in einem Telegramm an die Reichsregierung schärfste Ablehnung dieser Maßnahmen auszusprechen und legte weiter seinen Standpunkt zur Frage der Agrarpolitik und Autarkiebestrebungen in der erwähnten Entschließung nieder, die insbesondere auf die unerträglichen Folgen der Kontingenzmäßigkeiten für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hinweist. Die letzten Ratsprotokolle in der Reichsregierung werden in der gesagten Entschließung des Kongresses als völlig untragbar abgelehnt. Der Kongress fordert die sofortige Aufhebung aller unsozialen Bestimmungen dieser Notverordnungen und eine entscheidende Umkehr in der einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches. Die Sorge der Arbeiterschaft um die Zukunft der deutschen Sozial-

versicherung gab der Kongress in seiner Entschließung Ausdruck, die sich gegen die Einengung des Selbstverwaltungsrechts und die Rentenverminderung und insbesondere gegen die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung wendet, die eine Abkehr von den bewährten Grundlagen der deutschen Sozialversicherung bedeutet. Der Kongress fordert, daß die Regierung diese Rechtsgrundlagen wieder herstellt. Mit größtem Nachdruck sprach sich der Kongress in einer weiteren Entschließung für die Erhaltung und Fortentwicklung eines sozialen Arbeitsrechts aus. Abbau des Arbeitsrechts bedeutet soziale Reaktion und Kampf gegen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung des werktätigen Volkes. Die erfolgte Aushöhlung des kollektiven Arbeitsrechts sei mit den Verfassungsgrundlagen vom Tarifvertragswege nicht mehr vereinbar. Ein weiterer Abbau des Sozialrechts, wie er durch die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung erfolgt sei, müsse die staatsbehauptenden Kräfte der Arbeiterschaft verschütten und für Volk und Staat ernste Gefahr bringen. In einer Entschließung zur Steuerpolitik stellte der Kongress als sozial unerlässliche Grundlage der deutschen Steuergelehrte die Sicherung eines steuerfreien Existenzminimums, Berücksichtigung des Familienstandes und Staffelung der direkten Steuern nach dem Einkommen fest. Durch die steuerlichen Maßnahmen der Reichsregierung seien diese Grundlagen in immer größerem Umfang verlegt und praktisch das steuerfreie Existenzminimum überhaupt beseitigt worden. Die steuerlichen Mindestwünsche der Arbeiterschaft seien umso mehr berechtigt, als die Reichsregierung in der gleichen Zeit, da sie dauernd Steuerungerechtigkeiten an der Arbeiterschaft begeht, den Unternehmern beträchtliche Steuergeschenke gewährt.

Zur Frage der Frauenarbeit fordert der Kongress die Wiederherstellung des Grundsatzes „Gleiches Lohn für gleiche Arbeit“ und die Verringerung jeder weiteren Differenzierung zwischen Männer- und Frauenlöhnen bei gleicher Arbeit, wie sie von den Unternehmen erstrebt wird. Er fordert weiter ausreichenden Schutz für die Arbeiterinnen und die Arbeiterjugend und Sicherung eines Mindestschutzes für jugendliche Erwerbstätige.

Der Leiter der Tagung konnte in bemerkenswerter Weise zu den Beschlusstreffungen des Kongresses über die vorliegenden Entschließungen feststellen, daß die Abstimmung bei sämtlichen Entschließungen eine volle Einmütigkeit der Kongressteilnehmer ergeben habe. Das sei ein Beweis für den einzigen Willen der christlichen Gewerkschaften in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen.

Darauf erholt als letzter Redner Professor Dr. Brauer, Köln, das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Der Kampf um die Sozialpolitik — Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft“.

Der Brauer'sche Vortrag bildete einen geistigen Höhepunkt der Verhandlungen und fand stürmischen Beifall.

Der Kongress wurde abgeschlossen mit einem packenden Schlußwort des Gesamtverbandsvorsitzenden Bernhard Otto. Er warf einen gedrängten Rückblick auf die Verhandlungen des Kongresses und stellte allen, die zum guten Gelingen beigetragen, Dank ab. Die Stellungnahme des Kongresses war nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten diktiert. Wir wenden uns gegen den Kurs, der volksfeind und rücksichtslos ist. Wir wollen keine Proletarier sein, keine verantwortungslosen Menschen und auch nicht die Packesel, die unten stehen und unerträglich belastet werden. Den Weg zur Freiheit können wir nur finden bei einem Kurs, der auf wahrer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit beruht. Unsere Parole lautet:

Höchste Aktivität, heiliger Kampf für Volks- und Arbeiterricht!

Ein Kampf, der sich stützt und der seine Kraft schöpft aus den ewigen und unvergänglichen Quellen und Grundsätzen lebenswahren und echten Christentums. Wir tragen in uns den festen Glauben an die Mission der Bewegung und an eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes.

Mit einem Hoch auf die Bewegung und das deutsche Vaterland fand der Kongress sein Ende.

Kritik am Gewerkschaftskongress

Der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften hat in der deutschen Presse ein starkes Echo gefunden. Auch an kirchlichen Würdigungen hat es dabei die befreiende wie gegnerische Presse nicht feiern lassen. Dabei ist allerdings von einer Reihe führender Zeitungen nicht immer der Sinn des Kongresses und sein Bericht richtig gesehen und beurteilt worden.

Das gilt insbesondere von der einstürzigen Ablehnung, die gegenüber der Regierung v. Papen zum Ausdruck kam. So hat die „Kölner Volkszeitung“ ebenso wie die „Kölnische Zeitung“ geglaubt, aus dieser Oppositionsstellung des Kongresses eine nur „negative“ Haltung und fehlende positive Einstellung resultieren zu müssen. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Opposition des Kongresses gegenüber den Maßnahmen der jüngsten Reichsregierung außerordentlich hart zum Ausdruck kam. Daraus aber eine negative Haltung des Kongresses selbst zu folgern, vermag nur, wer diese Opposition isoliert aus dem Gesamtbericht des Kongresses herausgreift. Die Gewissensbisse insofern altherren und deutsigen Kritik an der Reichsregierung und ihren politischen Maßnahmen politisch. Das beweisen die Vorträge, insbesondere Jakob Kaisers ebenso wie Theodor Brauers; das beweist das einstürzige Bekennnis des Kongresses selbst zur sozialen und nationalen Verpflichtung. Wenn dem gegenüber von einem Teil der Presse gefordert wurde, der Kongress solle, wie die „Kölner Zeitung“ sagt, der Regierung und dem Volke sagen, „wie man aus der Not herauskommt“, so ist das eine Verfälschung der Geschehnisse. In der Beipräfung von Eingabeformularen nimmt der Kongress, wenn er seine große Linie beibehält, ja sogar darüber hinaus, daß er, wie die „Frankfurter Zeitung“ sag-

tung mit Recht sagt, gegenüber früheren Tagungen in ungewöhnlichem Maße eine politische Rolle hatte. Bedenken, wie der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ eine „stark parteipolitische“ Orientierung macht, urteilt reichlich oberflächlich. Das Gegenteil trifft zu: Der Düsseldorfer Kongress hat wiederum in einer dringlicher Weise gezeigt, wie wenig parteipolitisch und wie stark gesamtpolitisch die christlichen Gewerkschaften orientiert sind. Von einer Aufforderung zur parteipolitischen Freiheit auf dem Gewerkschaftskongress reden kann nur ironische Boswiligkeit. Die „Kölner Zeitung“ zierte mit Recht die Ausführungen Kaisers, daß es einer Heze nicht bedarf, da die Erregung sehr auf dem Siedepunkt angelangt sei und gegenüber einer neuen Lohnabrechnung die Verbände kaum noch eine Gewalt für die Lohnunterhaltung von Ruhe und Ordnung übernehmen könnten.“

Freilich ist es Illusion, wenn der „Borwärts“ glaubt, feststellen zu können, daß der Kongress gezeigt habe, daß es zwischen einem christlichen Arbeiter und einem freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Sache keine Differenzen überhaupt nicht mehr gibt und daß der Kongress ein erreichtes Anzeigen sei „für die fortwährende Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung“.

Eben jene Reaktion, von denen der Borwärts bei dieser Fassung „abzieht“, insbesondere das von den Delegierten jüngst beigebrachte Referat Kaisers über den sozialpolitischen, nationalen Willen der christlichen Gewerkschaften sollte auf dem Kongress deutlich gezeigt haben, wie obwegs eine solche Hoffnung ist. Die grundlegende Unterstzung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften wird, das hat der Düsseldorfer Kongress mehr denn je gezeigt, trotz allem zweckmäßigen Zusammengehen auf sozial- und sozialpolitischen Gebieten bestehen, so lange eben die sozialpolitische Gewerkschaftsbewegung sozialpolitisch ist.

Gerade bedauert aber war der Kongress in besonderem Maße, daß er, wie die „Frankfurter Zeitung“ sag-

die sozialpolitische Programmstellung des Kongresses in dem Vortrag Jakob Kaisers, so findet die neue Beweisung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, die Theodor Brauer in seinem Referat gab, naturgemäß insbesondere in der Wirtschaftspresse Beachtung. So bevorzugt die „Frankfurter Zeitung“, daß es das erste Mal sei, daß der berufständische Gedanke offiziell auf einem Kongress der christlichen Gewerkschaften präsentiert und aufgenommen wurde... Heute ist man also so weit, daß neben anderen Berufsgruppen auch die christlichen Gewerkschaften sich zu der berufständischen Idee bekennen.“ Das ist, insoweit man damit feststellen will, daß er jetzt die christlichen Gewerkschaften den berufständischen Gedanken bejaht, zwar nicht ganz richtig, zeigt aber doch recht gut die Beachtung, die man diesen wirklich nicht negativen Gedankengängen beimittet. Und das mit Recht. Der Kongress war grundsätzlich wegweisend, wie wenige seiner Vorgänger.

Wenn ein Teil der Presse den Kongress lediglich als Ausdruck einer gewissen Stimmung würdigt, der als Auswirkung der unsozialen Regierungsmäßigkeiten der letzten Monate auf die christliche Arbeiterschaft erfaßt habe, dann liegt auch darin nur eine unvollkommene Bewertung. Sinn, Wesen, Ziel und Gesamthalaltung der christlichen Gewerkschaften drücken darüber hinaus dem Kongress ihren Stempel auf und zeigten dem späteren Beurteiler weit mehr als ein äußerstes Stimmungsbild. Was in Düsseldorf geschah, war grundsätzlich eine Kündigung und positive sozialpolitische Zielebzug. Das insbesondere ist es, was nach den Worten der „Frankfurter Zeitung“ diesen Kongress wesentlich unterscheidet von seinen Vorgängern, bei denen man sich vorwiegend mit sachlichen Fragen beschäftigte, um die Gesetzgebung und die Verwaltung zu beeinflussen. Diese grundzägliche Zielsetzung aber wird sich auch in der sumpfigen Haltung der christlichen Gewerkschaften positiv auswirken.

୧୩୬

Gedächtnis

Die Freiheit der Arbeitlosen =

Unter der Obrigkeit gengt.) Lieberall, wo wir etwas Füchtiges
leisten und dabei aus unserem Stand kein Geheimnis machen,
da helfen wir, die Misserachtung überwinden.

Erwachsene haben nicht Gleichheit mehr ebenfalls
zu können. Arbeit muss noch geschehen, bis es keine Arbeiterin
mehr gibt, die ihren Stand verliegt und verschreibt! Wieso die
Leute würden ihre bunnen Gedensorten ein für allemal auf-
zugeben, wenn sie nur ein einziges Mal an die rechte können, die
ihnen eindeutig sagte: „Ich bin Arbeiterin. Und was sie da er-
wähnen, das kann keinesfalls für die Willgemeinhalt der Obrigkeit
enttreffen. Es gibt hier wie überall Gute und Schlechte.“ Wer
dürte noch nicht ohnmächtig „Damen“ darüber schützen, daß
die Arbeitslosen „für ihr Mitleidstun auch noch Rente kriegen“.
Die aufrichtige ehrliche Arbeiterin muß bei all diesen Gelegen-
heiten mit Aut haben, für den eigenen Stand eingetreten. Das
Werkstatt und Kleidung.

Ein Teil der „öffentlichen Meinung“ spiegelt sich in der Ta-
geszeitung: Siegen haben mit unseren Stoffen lieber

Und unter den Straßl finden wir in unserer Tageszeitung oft Dinge, die mit unserer Staubescheere nicht vereinbar sind. Über uns wehrt sich gegen solche Dinge? Wer hat schon einmal eine Postkarte an die Schriftleitung geworfen? Und noch viel wichtiger ist die obere Seite: wer schreibt als Verbeiterin schon einmal zu irgendeiner Frage seine Meinung? (Tut das nicht insbesondere gut für die Grauenseiten der Tageszeitungen? So würden wir nicht in der Übmehr bleiben, sondern direkt dazu vertragen, daß man uns schäben lernt. (Wir haben genug Schreibfreundliche Kolleginnen. Möglicherweise könnten sich einige freuen und im Einzelfall über einen Artikel beretten.)

Gibt das nicht Freuden für die weiblichen Arbeitsgemeinschaften und Jugendgruppen?

berdeung tritt, weil es dann
nen muß. Es hat eben nicht je

achtung zu trocken, die uns immer noch umgibt und ürgert. Gleichzeitig kann eine Aussprache über diesen Punkt in Ver- sammlung und Spontangeträch, mancher Kollegen den Rücken stärken. Das wird für viele nützlich sein.

W o h e r k o m t b e s i c h a t u n g ? Es gibt Ur- beiter, die nicht ehrenhaft sind. Es gibt auch schlechte Menschen in allen anderen Gräben. Darum berechtigt die Tatsache, daß es auch schlechte Arbeiter gibt, genau so wenig dazu, als es Gr- beiter zu verachten, wie die modernen Skandale dazu berech- tigen, alle Direktiven und Aussichtsräte für schlechte Kerle zu halten. Wer „die Orkeiterchaft“ für faul und dumm und hab- gierig und unersättlich hält, der ist etweder dummk oder schlecht. Entweder sieht er nicht richtig oder er will gegen uns Stim- mung machen und dadurch den Stoben bereiten für eine Ver- schlechterung unserer Lage.

Unter demen, die über uns die Fafe rümpfen, sind viele Leidffer, denen die Schönheit einer Hand reichtiger ist als ihr Wirkter. Bei ihnen kommt es zuerst auf die Bildesfalte an, dann auf die Pflichterfüllung. Das Egammen gilt ihnen mehr als die Begütigung des harten Lebens. Um solcher Leute Uner- kennung brauchen wir uns nicht zu mühlen. Sie tragen nichts Bleie, diele andere sind da, die Gedankenlos über uns mitreden. Sie schwätzen nach, was andere Ihnen vorsagen. Und da ist es neuerdings eben „modern“, allerlei von uns und mitber uns zu reden. Diese diele, dielen gedanktenlosen Menschen kön- nen wir mit einem mutigen Wort zur Bekümmerung bringen. Mit solten uns nicht schwun, es zu sprechen.

Nach für die arbeitslosen sorgen die Gewerkschaften in mannigfacher Hinsicht. Wenn einer bislang für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt ist, dann sind es bestimmt die Gewerkschaften gewesen, und auch leicht, wo man nach der letzten Notverordnung die Leistungen der Arbeitslosenversicherung so stark beschränkt hat, werden unsere Bühner nicht eher ruhen und ruhen, als man unseren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen wenigstens in etwa gerechter wird. Wie vielen wird geholfen durch energische Vertretung an den Spruchauschüssen! Gewerkschaftlerinnen geschlossen hinter dieser Bewegung stehen. Gott es aber in Zukunft so bleiben, so trüffeln wir als Gesetzgeber durch angemessliche Maßtage ein, daß bei unseren Menschen den Gewerkschaftsbediensteten die Stärke zum Ernachzen bringen sollt Freude dürfen wir es zum Ausdruck bringen, daß bei unseren Gruppenmitgliedern trotz der Arbeitslosigkeit, von der doch alle mehr oder weniger betroffen sind, das Gemeinsame immer mehr in den Vordergrund gestellt wird. Es herrscht eine sehr reges Leben in unserer Jugendgruppe, unsere Gruppenveranstaltungen sind durchschnittlich von 40 Kolleginnen besucht. Alle drei Wochen kommen wir zu einem Gruppenabend zusammen, um uns dort das nötige Rüstzeug zu holen, damit wir den Willigkeiten, die doch besonders uns als Frauen in den heutigen schwierigen Zeiten bestimmen entsprechen, gerecht werden können. Es werden in reger Schulungsarbeit der Reihenfolge nach alle Fragen behandelt, die für uns als Gewerkschaftlerinnen von Wichtigkeit sind. Über nebenbleiter erfüllen Arbeit wollen wir als Ganggewerkschaftlerinnen uns an schönen Vorlejungen, Lieb, Ertel und Tann erfreuen. Man spürt es an jedem Gruppenabend so leicht, daß unsere jungen Mädchen ihre öffentlichen Sorgen in der Gruppenzemeinschaft zu vergessen suchen. Über auch in der Ortsgruppe versagen unsere Kolleginnen ihre Mitarbeit nicht. Im letzten Jahre sind von den Gruppenmitgliedern 48 Neuaufnahmen gemacht worden, so daß uns als Vereinigung der Gruppenberührte gugesprochen werden. Mehrere Kolleginnen führen täglich als Vertrauenspersonen, andere als Betriebsratsmitglieder, sieben Kolleginnen arbeiten reger mit im Ortsgruppenvorstand. So wollen wir auch in Zukunft in treuer Mitarbeit, leder an seinem Platz, tätig sein. Immer treu zu uns in guten und schlechten Zeiten, das soll der Wahlspruch für uns Ganggewerkschaftlerinnen seien.

„Gibt das nicht Ersagen für die weiblichen Arbeitsgemeinschaften und Jugendgruppen? So würden wir nicht in der Abwehr bleiben, sondern breite bald aus!“ „Wir müssen uns schämen lernen.“ (Wir haben genug Schreibpapier!) „Möglichst alle könnten sich einiges zusammen- und im Einzelfall über einen Artikel beraten.“

Arbeiterinnentreffen =

Um Sonntag, dem 10. Juli, hatten sich in Groß-Burlo die Colleginnen der Lehrerseminare Bocholt und Gladbeck recht zähi-lich zu einer ersten Kundgebung zusammengefunden. Von der Anzahl der Teilnehmerin der Kundgebung hatten sich alle Jugendgruppen beteiligt durch Vortragen von Liedern und Dichtungen. Die Sitzungsleiterin der Ortsgruppe Bocholt begrüßte alle Kolleginnen aufs Herzlichste, besonders aber die Referentin, Kollegin Seifert, aus Kasselbor. In ihren Aussführungen besprach sie das Wollen unserer Arbeitertinnenbewegung, vor allem betonte sie das Urteil in an unsrer Standhebung. Darn ging sie auf das Betreiben der Arbeitgeber ein, die Frauenlöhne erheblich zu erniedrigen. Auch wies sie auf die Gefahren der FPD. und der NSDAP. für unsre Bewegung und ganz besonders für unsre christliche Arbeitertinnenbewegung hin. Sie forderte zum Schluss alle auf, mitzuarbeiten an der Festigung unsrer christlichen Gemeindebewegung. Reicher Beifall lohnte die Rednerin für ihre eindrucksvollen Aussführungen. Fest und mutig klang das Lied: „Jed' gem Kampf sind wir geweih't“. Hiermit stand die ernste Kundgebung ihren Abschlus. Die Mittagspause wurde mit Volksliedern ausgefüllt. Um Nachmittag eins kam dann zum Sportplatz der wurden Gesellschaftsspiele gemacht. Nach was war die Zeit der n. n. Es waren Stunden langer Verbundenheit miteinander im Umlauf. wurde dann das Klostermuseum besichtigt, das schönes Interesse erregte. Gegen 6 Uhr trennten sich uns, und leider ging's per Rad und zu Fuß der Heimat zu. Uns allen wird bießer Tag noch lange im Gedächtnis bleiben.

A black and white illustration of a woman's face, looking slightly upwards and to the right. Her hair is styled in waves, and she has a gentle expression. The background is dark and textured.



mit den Kindern kennt. Wenn sie, damit streng sein kann, die richtige Gasse für die Kinder eingeschlagen hat, dann eine kleine Stütze für das Kind. Wenn sie eine gewisse Besiehung erreicht hat, so kann sich der Mensch nicht mehr zurückziehen, er muß weiter gehen, und das ist die einzige Macht, die einen Menschen vorwärts treibt.

Liebe zur Familie muß die **Arbeiterin**
Rüter die größten Opfer
bringen und mit Fleiß ihre
Gürtgaben erfüllen. Ihre eigenen Suhner muß sie o
und ihren Mann, ihre Kinder mit viel Liebe umsorgen.
Sie auch im Kampf ums Leben ringen muß, wird sie fü
und fest stehen, um vorfürst zu kommen.

Gerade jetzt, wo ihr Mann unverschuldet arbeitslos
den ist, muß sie verfehren, ihm eine gute Kammerabid
Renn ihm die Erwerbslosigkeit unerträglich dunkt,
ihm aufzurichten zu neuem Hoffen. Das wird auch für
immer leicht sein. Denn auch die Frau empfindet das
selbstissen des Mannes brüdernd und förder. Und d
es Möglichkeiten, darüber wegzukommen. Die Zeit
freimüttigen Arbeitslosigkeit kann und muß zum Geg
genutzt werden. Zum Beispiel kann diese Zeit dem
Kluhverkauf und Erholung bebeden von der schweren
arbeit. Spiele Möglichkeiten kann er ausnutzen, seine
da erweitern. Während der Zeit seiner Berufarbeit f

Der freiwillige Arbeitsdienst

(Fortsetzung aus Nr. 39 unserer Zeitung.)

2. Charakter und Art der Arbeit im FAD.

Soll der FAD seinen erzieherischen Wert behalten, dann ist selbstverständlich dafür Sorge zu tragen, daß im Arbeitsdienst willigen nicht das Gefühl aufkommt, ausgenutzt zu werden. Auch darum ist eine vernünftige Beschränkung der Zahl der zu leistenden Arbeitsstunden und eine kluge Arbeitspädagogik erforderlich. Weiter muß der Dienstwillige die Überzeugung haben, daß der Arbeitserfolg nicht privatem Gewinnstreben, sondern dem Gemeinwohl dient. Dem sucht die Bestimmung in Artikel 2 der Verordnung Rechnung zu tragen, die besagt, daß die Arbeiten des FAD gemeinsam sein müssen.

Bei den im FAD auszuführenden Arbeiten muß es sich nicht nur um gemeinnützige, sondern auch um zusätzliche Arbeiten handeln. Der Arbeitsdienst ist ringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt zu führen; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einfluss des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können. Der Arbeitsdienstwillige soll also nicht billig arbeitender Konkurrent normaler Arbeitsgelegenheit sein. Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, mit darüber zu wachen, daß Arbeiten, die im normalen Arbeitsverhältnis oder als Notstandsarbeiten ausgeführt werden können, vom FAD ausgeschlossen werden. Unterstellt ist laut Notverordnung auch der Missbrauch des FAD zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken.

Festzuhalten ist dann unbedingt auch an der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes. Auch die neue Notverordnung betont in Artikel 4, daß der Eintritt in den FAD kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im gesetzlichen Sinne begründet. Die Weigerung, im freiwilligen Arbeitsdienst mitzutun, ist also nicht als Arbeitsverweigerung im eigentlichen Sinne des Wortes und das Verlassen des FAD nicht als absichtliche Aufgabe eines eigenlichen Arbeitsverhältnisses zu betrachten. In beiden Fällen dürfen dem Erwerbslosen irgendwelche Unterstützungsmaßnahmen nicht etwa gewährt werden. Der direkte oder indirekte Zwang würde im Arbeitsdienst zu einer aus innerer Opposition herauswachsenden Leistungsbegrenzung und zu einer schweren Einbuße an geistig-sittlichen Werten führen. Darum lehnen wir auch pflicht ab.

Welche Arbeitsarten kommen nun für den FAD in Frage? Die Arbeiten sollen volkswirtschaftlich wertvoll und möglichst ohne fremden Kräften ohne Maschinen ausführbar sein. An solchen Arbeiten sind zu nennen: Meliorationen in jeglicher Form, Wasserregulierungen, Hilfe bei Siedlungsbauten, Anlegung von Verbindungs wegen (Feld- und Waldwegen), Kultivierung von Moor und Heide für den Acker- und Gartenbau, Aussortung von Gedärmeien und dergleichen. Fehlt es an größeren volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten, dann werden auch kleinere Arbeiten, wie Anlage von Sportplätzen, Herstellung von Anlagen zur Verschönerung des Stadtbildes und dergleichen zugelassen.

Diese Arbeiten sind selbstverständlich ausschließlich für männliche Erwerbslose bestimmt. Aber auch für die weibliche erwerbslose Jugend gibt es Möglichkeiten, sich im freiwilligen Arbeitsdienst zu betätigen. So laufen z. B. in einzelnen Heimen Kurse der christlichen Arbeitshilfe für erwerbslose Mädchen. Diese Kurse geben diesen Mädchen Gelegenheit, sich im Kochen, Nähen und Flecken, sowie im Gartenbau und der Kleintierzucht auszubilden. Arbeitsdienstgruppen weiblicher Erwerbsloser können im Anschluß an ein Arbeitsdienstlager männlicher Erwerbsloser mit obigen Bildungsmöglichkeiten zugleich die Zubereitung des Essens, das Reinigen der Wäsche und die Ausführung der erforderlichen Fleckarbeiten für die männlichen Erwerbslosen vornehmen. Andere Arbeitsdienstmöglichkeiten für erwerbslose Mädchen bestehen darin, daß diese gruppierenweise Näh- und Fleckarbeiten, das Sammeln und Umarbeiten von Kleidungsstücken für hilfsbedürftige Erwerbslose übernehmen oder sich im Herbst und Winter in den zur Einrichtung kommenden Volksschulen zur Verfügung stellen. Mit all den vorerwähnten Arbeiten praktischer Art ist zu verbinden die Pflege eines wichtigen Bildungswerte vermittelnden Gruppen- und Gemeinschaftslebens.

4. Zulassung, Förderungssatz und Siedlungsgutschrift

Über die Zulassung zum FAD ist zu sagen, daß dieser hauptsächlich für junge Erwerbslose unter 25 Jahren gedacht ist. Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Empfänger von Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung sind bevorzugt zu berücksichtigen. Im örtlichen Arbeitsdienst, wenn Unterkunft und Verpflegung im elterlichen Hause erfolgen, bekommt der Arbeitsdienstwillige einen täglichen Förderungssatz bis zu 2 M. Im überörtlichen Arbeitsdienst, wo der Träger der Arbeit für Unterkunft und Verpflegung und dergleichen zu sorgen hat, erhält dieser den Förderungssatz, und zwar in gleicher Höhe. Dieser Satz wird für den einzelnen Arbeitsdienstwilligen innerhalb zweier Jahre für höchstens 20 Wochen, und wenn es sich um volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten handelt, für höchstens 40 Wochen gewährt. Die Arbeitsdienstzeit kommt auf die Bezugszeit für die Erwerbslose- und Krisenunterstützung nicht in Rechnung. Die Arbeitsdienstwilligen sind während der Dienstzeit gegen Krankheit versichert, haben aber nur Anspruch auf Kranken- bzw. Krankenhauspflege. Sie sind ferner gegen Unfall versichert. Haben sie bis zur Aufnahme in den Arbeitsdienst vertraglich mögliche Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung bezogen, so wird auch ihre Anwartschaft in der In-

validenversicherung aufrecht erhalten. In ihrer Arbeit untersiegen sie außerdem den geltenden Arbeitsschutzvorschriften.

Zu erwähnen wäre endlich noch, daß den mit volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigten Arbeitsdienstwilligen auf ihren Antrag hin bei mindestens 12 Monaten Beschäftigung ein Betrag von 1,50 M. wöchentlich gutgeschrieben werden kann. Die Gutschrift läuft neben dem üblichen

Förderungssatz. Sie wird innerhalb zweier Jahre für höchstens 40 Wochen gewährt — und darf nur beim Erwerb einer Siedlerstelle, bei der Errichtung eines Eigenheimes oder als Beitrag zu den Kosten einer Siedlerschulung Verwendung finden.

Damit ist das Wesentlichste über den FAD gesagt. Dieser soll in den nächsten Monaten eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Man hofft bis zu 200 000 junge Erwerbslose durch ihn beschäftigen zu können. Schenken auch wir der Frage die Beachtung, die sie verdient. Unterrichten wir unsere jugendlichen Erwerbsarbeiter über Sinn und Bedeutung des FAD, und suchen wir gemeinsam mit den christlichen Bruderverbänden überall dort, wo Arbeiter denken kann. Die Gutschrift läuft neben dem üblichen

Fr. F.

Das Reichsarbeitsministerium antwortet

Wir berichteten bereits (Nr. 36 „Textilarbeiter-Zeitung“) über die Eingabe unseres Verbandes an die Regierung und die zuständigen Ministerien, in welcher unserer ausführlicher Darlegung der Verhältnisse Maßnahmen gegen die furchtbare Not der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsempfänger und ihrer Familien gefordert wurden. Nachdem bereits vom Reichswehrministerium

unserem Verbande darauf ein Bescheid wurde, auf den wir ebenfalls (Nr. 38 „Textilarbeiter-Zeitung“) eingingen, hat nunmehr auch der Arbeitsminister zu unserer Eingabe und den Darlegungen in der beigefügten Broschüre „Menschen in Not“, welche über die Lage der Arbeitslosen berichtet, in folgendem charakteristischen Schreiben Stellung genommen:

Berlin NW 40, den 26. September 1932.

Echarthofstr. 35 Fernsprecher: Sammel-Nr. D 1 Norden 0011
Postcheckkonto: Reichsarbeitsministerium, Zahlstelle, Berlin 10019

Der Reichsarbeitsminister.

IV Nr. 4146/32 Am.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

An
den Vorstand des Zentralverbandes christlicher
Textilarbeiter Deutschlands,

Düsseldorf

Betr.: Notlage der Textilarbeiter.

Auf Ihr Schreiben vom 27. August 1932 und das an den Herrn Reichskanzler gerichtete, an mich weitergeleitete Schreiben vom 29. August 1932.

Die außerordentliche Arbeitslosigkeit in der deutschen Textilindustrie und die schwere Notlage der davon betroffenen Arbeiterschaft ist mir bekannt und Gegenstand ernster Sorge. Mit stärkstem Anteil habe ich von dem Inhalt der mir übersandten Schrift Kenntnis genommen. Zu den Vorschlägen, die Sie in Ihrer Eingabe für die Bekämpfung dieser Not machen, möchte ich im einzelnen keine Stellung nehmen, darf vielmehr auf das umfassende Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung verweisen, das der Herr Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vom 28. August d. J. bekanntgegeben hat und dessen Durchführung schon im Gange ist. Ich erwarte, dass diese Massnahmen eine Belebung der Wirtschaft und einen nicht unwesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zur Folge haben werden. Auch die Notlage der deutschen Textilarbeiter dürfte alsdann eine fühlbare Erleichterung erfahren.

Hinsichtlich der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung ist auch die Reichsregierung der Auffassung, dass die gegenwärtigen Sätze im bevorstehenden Winter eine Aufbesserung erfahren müssen. Sie rechnet damit, dass auf Grund des Wirtschaftsplans die Arbeitslosenziffer sinkt. Es liegt aber zum guten Teil bei den Gewerkschaften selbst, ob diese notwendige Voraussetzung eintreten wird.

In Vertretung
gez. Dr. Grieser.

Dieses Schreiben des Arbeitsministers ist nach verschiedenen Seiten hin ebenso interessant wie eigenartig. Wenn der Reichsarbeitsminister durch seine Vertretung erklärt, daß ihm die schwere Notlage der Arbeitslosen bekannt sei, daß sie ihm Gegenstand ernster Sorge sei und er an den Verhältnissen stärksten Anteil nähme, dann kann man sich immerhin mit Recht fragen, wie es dann möglich war, daß der Arbeitsminister eine Notverordnung (vom 14. Juni) verantwortlich mitunterzeichneten konnte, die lediglich Endes dieses Monats aufzukündigen und kategorisch verschärfe.

Der Reichsarbeitsminister wird sich selbst darüber klar sein, daß er vom Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, auf das er verweist, selbst unter optimistischster Beurteilung eine Auswirkung, die wirklich eine fühlbare Erleichterung der Arbeitslosigkeit bringen kann, erst nach Monaten erwarten darf. Soll die Textilarbeiterforschung aber bis dahin warten, bis sie nach den Borten des Arbeitsministers „alsdann eine fühlbare Erleichterung erfahren dürfe“ —?

Es klingt einigermaßen problematisch, wenn der Arbeitsminister darauf hinweist, es liege „zum guten Teil bei den Gewerkschaften selbst“, ob die Voraussetzungen für ein Sinken der Arbeitslosenziffer eintreten werden. Die Gewerkschaften haben schon vor Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Wir verweisen nur auf die diesbezüglichen Forderungen unseres Dresdener Verbandstages im Jahre 1930. Es scheint aber dabei notwendig, daran zu erinnern, daß demgegenüber die Arbeitgeber es meinen, die diesen Forderungen der Gewerkschaften entgegenstehen, indem sie erklären, daß eine Arbeitszeit-

verkürzung mit Lohnausgleich nicht möglich sei, daß aber andererseits bei den geringen Verdiensten der Arbeiterschaft dieser eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und damit ein entsprechender weiterer Verdienstausfall nicht mehr aufgelegt werden könne. Die neue Notverordnung aber sieht nicht nur eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, sondern neben der entsprechenden Lohnkürzung bekanntlich noch eine weitere Sonderlohnkürzung vor. Glaubt der Arbeitsminister wirklich, daß die Gewerkschaften entgegen jener Einsicht der Arbeitgeber auch dieser Lohnkürzung noch zustimmen und davon eine Verbesserung der Lage erwarten können?

Endlich aber: Warum hat nicht der Arbeitsminister und die Regierung damals, als diese Notverordnung im Kabinett und den zuständigen Ministerien ausgearbeitet wurde, sich auf die Gewerkschaften konzentriert, an die man jetzt plötzlich wieder denkt und von denen jetzt auf einmal der Erfolg „zum guten Teil“ abhängt?

Wir wiederholen: diese Antwort des Arbeitsministers auf unsere Eingabe ist ebenso problematisch wie vielversprechend.

Von der Bezeichnung des Reichsarbeitsministers, daß auch die Reichsregierung der Auffassung ist, daß die gegenwärtigen Unterstützungsätze der Arbeitslosen eine Aufbesserung erfahren müssen, nehmen wir Kenntnis. Wir nehmen dringend diese Erhöhung ausreichend und möglichst durchzuführen, damit sie wirklichen Zweck und Wert hat. Darüber hinaus aber bleibt unsere Forderung bestehen: die unsozialen Notverordnungsbestimmungen vom 14. Juni und 4./5. September müssen fallen!

Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Alu.

In einem Erlass, der am 1. September 1932 in Kraft getreten ist, hat der Reichsarbeitsminister die Vorschriften über das Zugemerkovitz der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit festgelegt. Wenn auch zunächst die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nicht von der Hilfsbedürftigkeit abhängt, so muss jedoch jeder Arbeitslose bei seinem Antrag auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung alle Angaben machen, die für die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit von Wichtigkeit sind. Das Arbeitsamt muss dann sofort die Gemeinde um ein Gutachten über die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers ersuchen. Da nun das Arbeitsamt der Arbeitslosen spätestens vier Wochen vor der Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung darauf hinzuweisen hat, dass nun ein Antrag auf Arbeitsunterstützung zu stellen ist, muss es nunmehr von der Gemeinde unverzüglich das Gutachten über die weitere Hilfsbedürftigkeit einfordern. Wenn sich die Verhältnisse des Arbeitslosen gegenüber den ersten Angaben bei dem Antrag auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nicht geändert haben, so genügt eine Mitteilung des Arbeitsamtes an die Gemeinde, worauf zwar die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit erneut nachprüfen muss, aber das Arbeitsamt die Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit annehmen kann, wenn die Gemeinde binnen einer Frist von drei Wochen nicht eine gegenteilige Auflösung abgibt. Der Erlass lässt die Möglichkeit, dass zwischen der Gemeinde und dem Arbeitsamt zum Zweck der Verwaltungserleichterung eine mündliche Erörterung der Unterstützungsanträge stattfinden kann. Wird die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers nicht anerkannt, dann muss der ablehnende Bescheid des Arbeitsamtes mit Gründen und einer Rechtsmittelbelehrung versehen dem Antragsteller beigeleitet werden. Die Form des Einspruchsverfahrens bestimmen die Gesetze der obersten Landesbehörden. Sie können vorschreiben, dass der Einspruch beim Arbeitsamt einzulegen ist.

Auch Kriegerwitwen wirft man auf die Strafe

An welch dünnem Faden heute die Existenz einer Arbeiterin hängt, beweist ein Fall, der sich in der W. & S. Seilerwarenfabrik Bamberg zugegetragen hat. In diesem Betrieb wurde eine 28jährige Kriegerwitwe fristlos entlassen, weil sie für einen Moment die Maschine abstellte und die in die Räumen laufenden Kinder abgerissen hatte, nachdem die Türen voll waren. Jahrzehntelang mussten die Arbeiterinnen auf diese Art und Weise jahrl. I. bis vor kurzem seitens des technischen Direktors Wagner die Anweisung haben, dass die Kinder nicht mehr gleichzeitig abgerissen werden dürfen. Ohne den Betriebsrat im geringsten zu fragen, wurde durch die Meister bekanntgegeben, dass jede Arbeiterin fristlos entlassen würde, falls sie wie bisher die Kinder alle vier gleichzeitig abreißt. Die in Frage kommende Arbeiterin ist nun erappelt worden, wie sie trotz des Verbotes einmal die Kinder abgerissen hatte. Daraufhin erfolgte die fristlose Entlassung. Die Firma ließ sich trotz des Einspruches des Betriebsrats von dieser harten Sache nicht abbringen, so dass die Arbeiterin gezwungen war, Klage beim Arbeitsgericht Bamberg verloren, nachdem das Gericht sich den Standpunkt des Betriebes zu eigen machte, dass eine beharrliche Arbeitsverweigerung im Sinne der Gewerbeordnung vorliege. Die Arbeiterin hatte nämlich den Fehler gemacht, zu einer Mitarbeiterin zu sagen, dass sie es so wie seit vielen Jahren mache, es werde nicht gerade immer einer hinter der Maschine stehen. Diese Mitarbeiterin hat nun die traurige Rolle übernommen und diesen Auspruch der Direktion hinterbracht. Auf Grund dieses Berichts konstruierte nun das Gericht sonderbarweise den Begriff einer beharrlichen Arbeitsverweigerung. Nach 28jähriger Tätigkeit im Betrieb ist nun diese Arbeiterin entlassen worden. Dazu kommt noch, dass sie auf Grund ihrer Arbeitslosenbeliechtung sechs Wochen keine Unterstützung erhält und auch die Zusatzrente für Kriegerwitwen nicht bekommt, da eigenes Verhältnis vorliegt. Der Vertreter der Beklagten stellte die Sache noch so hin, als ob die Entlassene noch gut daran sei, weil sie ja monatlich 34,- R. monatlich wodurch noch die Rente zu bezahlen ist, nach dieser Anzahl offenbar gut leben. Aus diesem Fall er sieht man wieder einmal so richtig wie rückichtslos geht aber auch wieder einmal, wie vorrichtig man mit seinem "lieben Nachbarn" umgehen muss. Die Firma hat vor dem Gericht recht bekommen, menschlich und moralisch steht aber trotzdem das Recht auf Seite der entlassenen Arbeiterin.

Aus der Jugendbewegung

Jugendtreffen der Jugendgruppen aus Oberbaden.

Und wenn wir uns interessieren,
Dann lebendig ein Feste,
Das Dank und Loben
Streichend durchdringt.

So dachten die verschiedenen Jugendgruppen des Kreises und des Elbtals, als sie sich zum Jugendtreffen trafen, das am 11. September auf dem Gelände stattfand. So zog denn zu, wo sie innerhalb der anderen Gruppen des Bezirksteams Höllstein-Maulburg, Zell-Münchberg und Schönau zusammen. Nach Schluß der Feste zu, um den beiden aus dem Elbtal kamen darüber zu unterrichten. Ja der Teilnehmer wurde hier in einem Rahmen gesammelt. Hier und da fanden sich anfangs und mit einer Fortsetzung des neuen Bezirksleiter, der sie dann zu Fuß zur nächsten Stelle trugen. Erst später waren die Jugendgruppen aus Simonsroth, Steinbach, Gollnau-Baldkirch und eine Gruppe vom Kreisverband ebenfalls aus dem Kreis zu. Am Ende der Feste wurden wir von den Elbtälern erwartet, die sich schon mit dem guten Geiste gefüllt hatten, den es in den Sommerlager Städte gab und den der Bezirksleiter gefüllt hatte. Dann wurden Spenden auf der Fliege Spiele gemacht, Ballspiel, Tennispielen,

und auch einige Reigen. Als wir einige Zeit herumgestoßen waren, ging es dann zusammen auf die Belchenspitze. Von Haus Stieglitz war es noch 1/2 Stunde. Alle waren so fröhlich gestimmt, so das sie selbst noch beim Aufstieg sangen. Doch als wir die Spitze bald erreicht hatten, wurden wir von einem starken Wind empfangen, der uns ordentlich anhauchte und austobte. Männer aus sind die Wolken nur so geslogen, und es war herrlich, ihnen zuschauen, wie sie es so eilig hatten. Die herrliche Aussicht, die man bei klarem Wetter vom Belchen hat, war uns so leider nicht vergönnt. Der Aufstieg zur Belchenmusse war ebenso lustig wie der Aufstieg. Unten angekommen, stärkten wir uns nochmals. Auf der Wiese am Bergeshang wurde dann Platz genommen und unser eigentliches Treffen eröffnet mit einem Prolog, vorgetragen von der Kollegin Emilie Weigner-Vörrach. Der Zweck dieses Treffens war die Vergabe des Bezirkshonors und Mandate an die fröhlichen Jugendgruppen. Die Begrüßungsrede hielt der Kollege Bezirkssekretär Mayer, Freiburg, und die Ansprache mit Übergabe des Banners und Wimpels sowie der Werbenadel der Bezirksleiter Kollege Rümmel, Freiburg. Er wies auf die heutigen Schwierigkeiten hin, die gerade bei uns im Wiesental die Arbeit sehr schwer machen, aber auch auf den Opfergeist, der alle beteiligt, und gab der Freude Ausdruck, dass die Jugendbewegung seit dem letzten Jahre gewachsen sei und sich nun so gut entwickelt, dass in Höllstein-Maulburg eine neue männliche Jugendgruppe gegründet wurde und in Zell und Wehr eine weibliche Gruppe, dass die alten Gruppen wieder zu neuem Leben erwachen seien, und dass nun enfrig und fleißig gearbeitet würde in sämtlichen Gruppen. Denn auch die Jugend hat die Zeichen der Zeit verstanden, und sie ist es, wenn man sie braucht. Dann folgte die Übergabe des Bezirkshonors wiederum an die männliche Jugendgruppe Baldkirch-Collnau. War das eine Freude und ein Jubel bei den Eltern, als sie ihr Banner wieder in Besitz hielten und es wiederum für ein Jahr zurückerobern hatten. Auch der Bezirkshonkel konnte wieder an die weibliche Jugendgruppe Vörrach übergeben werden. Die Gruppe versprach, den Wimpel stolz zu tragen als Siegeszeichen und Ehrengabe. Der Bezirksleiter wies nochmals kurz darauf hin, was das Banner und der Wimpel bedeutet. Dann bekam der Kollege Schäuble aus Baldkirch noch die silberne Verbandsnadel überreicht als Anerkennung für 30 Neuaufnahmen, die er im letzten Winterhalbjahr gemacht hat. Das wünschten alle diese 110 Kolleginnen und Kollegen, die am Treffen teilnahmen, zu schenken, indem sie ihm durch Zurufen ihren lebhaften Beifall zum Ausdruck brachten. Der Kollege gab seinem Dank für die Nadel Ausdruck in einer kurzen Rede, die er schloss mit einem dreifachen Hoch auf unsere Jugendbewegung und ihre Führung, dem sich alle übrigen Teilnehmer anschlossen. Als Bezirkssjugendführer des Bezirksteams Wiesental richtete der Kollege Stiftsmüller, Vörrach, einige ernste Worte an die Versammelten. Er schloss seine Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und seine Führer. Dann folgten noch ein Reigen der weiblichen Jugendgruppe Vörrach, einige Sätze und ein Quartett der männlichen Jugendgruppe des Elbtals.

Zum Schluss überreichte dann am jährl. Jugendgruppen, die am Treffen teilgenommen hatten, der Kollege Mayer ein Band an den Wimpel zum Andenken an das Jugendtreffen in Soden. Dann musste der Heimweg angereten werden, und die Gruppen trennten sich wieder voneinander. Die Eltern gingen wieder dem Wiedener Eis zu, wo sie das Auto erwartete, während die Wiesentäler nach Schönau zurückmarschierten und dann dort noch eine halbe Stunde besammeln sahen, ehe sie der Zug wieder der Heimat anfuhr. E. R. Vörrach.

Arbeiterinnen und Jugendkundgebung für den Bezirk Kreisfeld.

Am 7. 8. ging das allgemeine Jugendtreffen des älten Kreisfelder Bezirksteams in der Höhle der Schweiz vor sich. Von den verschiedensten Richtungen kamen die Kolleginnen her. Die Kreisfelder und Kemperer mit der Schule, Schreinholzer, Bierener und Et. Lohner mit Quantius, Gesträßer, Lauter und Südländer Kolleginnen kamen mit ihren Kindern berangerückt, während die Kolleginnen der Ortsgruppen Dülken, Leichendorf und Voßkuhle auf Schusters Rappe herankamen.

Gegen 11 Uhr vormittags vereinigten sich die Gruppen mit Wimpeln und Bezirkshonner in Höhle an der Kirche. Von hier aus ging es im geschlossenen Zug, muntere Wandersleider singend, durch die herrlich gelegene Schweiz. Um 12 Uhr war das Ziel erreicht. Nach einer einstündigen Ruhepause wurden Spiele im Freien veranstaltet. Der Bezirksleiter Rößle, Bierener, verfügte es ausgezeichnet, mit allerlei Spielen die Kolleginnen in Bewegung zu halten.

Um 2 Uhr begann dann die Kundgebung. Nach einleitenden Worten der Begrüßung durch die Kollegin Kappel eröffnete das gemeinsame Lied: "Wir sind jung, die Welt ist offen". Dann erfolgte ein Gedächtnis-Lied "Jugend von heute" von einer Kollegin der Kreisfelder Jugendgruppe. Hiermit zwei Reigen, aufgeführt von den Südländern der Kreisfelder Jugendgruppe ausgeführt. Sehr eindrucksvoll war der von der weiblichen Jugendgruppe Greifenthal in zwei einheitlichen grünen Wandersleibern — vorgetragene Sprechchor "Jugend von heute — Volk von morgen". Dann erklag das gemeinschaftliche Lied: "Vom mir seiterten Seit' an Seit'".

Kollegin Müller, Düsseldorf, beendete in seiner Ansprache das Thema "Arbeiterinnen, Jugend und Gewerkschaft". Mit dem Lied "Frei! Frei!" schloss der Redner seine Ausführungen. Stürmischer Beifall wurde dem Referenten zuteil. Anschließend an den Beifall wurde das Lied gejagt "Lindemann war wunderbar, dann leicht ein Sieg". Mit dem Gedächtnis-Lied "Kinder sind die Zukunft" von einer Kollegin der weiblichen Jugendgruppe Schleiden, endete der erste Teil der Kundgebung seinen Abschluß.

Am folgenden unterhaltsame Teil. Angeführt wurden von der Gruppe Bierener "Schöne Blumen"; von der Jugendgruppe Greifenthal "Die fidelen Gangsterläder"; die Jugend von Dülken und Et. Lohner wortete mit einem sehr fröhlichen und humorvollen Gangsterchor auf. Kollegin Schreinholz dankte allen Teilnehmern und Würdenträgern auf das geprägte. Zu dem Schluss kam eine kleine Party in dieser Zeit und die Kundgebung fand ihren Abschluß.

Einige Gruppen begnügten die nach verstreinte Zeit, indem sie sich für den Heimweg fürbereiteten, andere Gruppen begnügten sich die Zeit, dann ging es der Freizeit zu. Alle waren froh gewesen. Nun allen wird dieser Tag noch lange in früher Erinnerung bleiben.

Berichte aus den Ortsgruppen

Ortsgruppe aus dem Elbtal: Am 2. September 1932 fand die zweite Versammlung unserer Gruppe im Rahmen einer Kartelltreffen der Elbtäler Bezieher. Der Saal war auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende, Kollege Ebermann, batte in seiner Begrüßungsansprache, dass der Anlass auf höhere Bezeichnung dieses Jubiläums berichtet werden sollte. Seiner Worte nach soll über

in schlechter Zeit zu veranstalten, um sie nicht ganz fallen zu lassen. Kollege Göldner sprach in gutgelungenen Worte einen Prolog. Den Festvortrag hielt der Geschäftsführer, Kollege Göldner, Zittau. Schärf wandte sich der Referent gegen die Reaktion und betonte, dass nur eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung imstande sei, der Arbeiterschaft ihre Rechte zu sichern. Es ist kein Zufall, dass jetzt starke Kräfte am Werk sind, die verbündete Gewerkschaften zu vernichten. Die Gewerkschaftarbeit ist am leichtesten End auch aufbauende Staatsarbeit. Deshalb hat auch das ganze Volk ein Interesse an dem Bestand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auf ihre Stärke und Kraft wird es ankommen, ob der deutsche Staat in Zukunft wieder ein Klassenstaat wird oder ein christlicher und sozialer Volksstaat. Mit scharfen Sätzen beleuchtete er die Regierungswelt und die letzten unsocialen Notverordnungen. Die Ausführungen fanden sehr guten Beifall. Sobann gab der Vorsitzende der Textilarbeiter, Kollege Göldner, einen Bericht über die Gründung und Entwicklung der Ortsgruppe. Den Grundstein hierzu legte Kollege Joer Scheffel, welcher am 13. August 1930 als Gast in der ersten Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes in Seitendorf teilnahm und dann den christlichen Gewerkschaftsgedanken mit nach Ostritz brachte. Erst an die Gruppe Ostritz angeschlossen, fand im Januar 1930 die Gründungsversammlung in Ostritz statt, in welcher damals der Kollege Quaifer zum ersten Vorsitzenden und Josef Scheffel zum Stellvertreter gewählt wurden. Kollege Reinhold Ebremann vertrat sein Amt als Kassier der Jubelgruppe nun schon 22 Jahre. Ihm sei für seine aufopfernde Tätigkeit beider Dank. Nach dem Bericht fand die Ehrung der Jubilare statt. Es waren: Reinhold Ebremann, Josef Scheffel, Anton Seifert, Franz Schwarzbach und Robert Knobels. Ihnen überreichte der Vorsitzende ein von der Hauptverwaltung gestiftetes Ehrendiplom und die silberne Verbandsnadel. Für die Hauptverwaltung und den Bezirk ehrte und beglückwünschte der Geschäftsführer in längeren Ausführungen die Gründer.

Im Namen der Gründer dankte der Kollege Scheffel in längeren Ausführungen für die Ehrung und riefte an die Festversammlung die Bitte, den Opfergeist der Gründungszeit auch heute wieder lebendig zu machen. Es wurden weitere Glückwünsche übermittelt von den Bauhandwerkern, der Gruppe der Postgewerkschaft und der Feuerwehr. Nach einem gemeinsamen Lied wurde der offizielle Teil des Festabends geschlossen. Allen Mitwirkenden an dieser Stelle noch einmal recht herzlichen Dank. Möge das Jubiläum zur weiteren Verbreitung und Vertiefung des christlichen Gewerkschaftsgedankens in Ostritz und Umgebung beitragen.

Wilm/Gösslingen. Die Einsicht bricht sich Bahns. Die Belegschaft der Firma St. & D. in Gösslingen hat sich im Laufe der Zeit auch immer mehr von ihrem Berufsverband entfernt. "Da wäre ich gern, würde ich in den Verband bezahlen, ich bekomme den Lohn ebenso wie die, welche so dummkopf sind und noch bezahlen", so sagte und handelte man. Nun rückt sich diese Einstellung bitter. Bekanntlich haben die Arbeiter der würtembergischen Textilindustrie in ihren Betrieben Anschläge gemacht, die ganz enorme Lohnsenkungen vorsehen. Auch die obengenannte Firma reagierte die Löhne nach dem Anschlag. Jetzt, nachdem sich diese gewaltige Lohnsenkung in der Jahrestagsdöse bemerkbar macht, begann es in den Köpfen derjenigen zu dämmern, welche nichts anderes zu tun wüssten, als in das Geheimnis über die Organisation kräftig mit einzustimmen. Es ist keine Seltenheit, dass in der Düte 6—7 M. enthalten sind, mit denen die betr. Arbeiterin eine Woche leben soll. Die Schriftleitung ging sogar soweit, dass am Mittwoch, dem 7. September, die Belegschaft passiven Resistenzen lebte und sofort eine Verhandlung mit der Firma verlangte. Die Belegschaft auf einen Erfolg ohne Gewerkschaften waren sehr gering, weshalb von Seiten der Betriebsvertretung eine Betriebsversammlung einberufen wurde, die außergewöhnlich stark besucht war. Auch die Vertretung der AGO ließ es sich nicht nehmen, zu erscheinen, obwohl niemand in der Versammlung war, die sie beansprucht hatte, zu kommen. So wünschte der AGO-Vorsteher den Saal verlassen, weil nicht einmal die Kindheitsvertretung gegeben war. Im Verlauf der Versammlung kam zum Ausdruck, dass nicht einmal der vom Arbeitgeber angeschlagene Lohn verdient werde. Die Vertreter der Organisationen konnten nur den Rat geben, in die Verbände einzutreten, wenn sie etwas erreichen wollten, weil für Unorganisierte nicht gekämpft werde. Es liegen Beweise vor, dass pro Stunde bis zu 10 Pf. fehlen, um nur auf den Lohn zu kommen, den der Arbeitgeber angekündigt hat. Wenn nicht alles fröhlt, kann angenommen werden, dass die Belegschaft sich eines Besseren besinn. Sie hat eingesehen, dass mit passiver Resistenz und wilden Streiks nichts zu erreichen ist. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die dem Arbeitgeber durch den Betriebsratsvorsitzenden vorgelegt werden soll. Die Arbeiterschaft sei entschlossen, bis zum Aufruhr zu kämpfen, um zu ihrem Recht zu kommen. — Die Schlagmütigkeit ist nun abgelegt, hoffen wir, dass andere Betriebe bald folgen mögen, in denen noch schlechtere Zahlungen verhältnisse zu verzeichnen sind. J. S.

Buchbesprechung.

Dr. A. Berger: Mit Sven Hedin durch Afens Wüsten, Bilderserie der Firma St. & D. in Gösslingen hat sich im Laufe

der Zeit auch immer mehr von ihrem Berufsverband entfernt. "Da wäre ich gern, würde ich in den Verband bezahlen, ich bekomme den Lohn ebenso wie die, welche so dummkopf sind und noch bezahlen", so sagte und handelte man. Nun rückt sich diese Einstellung bitter. Bekanntlich haben die Arbeiter der würtembergischen Textilindustrie in ihren Betrieben Anschläge gemacht, die ganz extreme Lohnsenkungen vorsehen. Auch die obengenannte Firma reagierte die Löhne nach dem Anschlag. Jetzt, nachdem sich diese gewaltige Lohnsenkung in der Jahrestagsdöse bemerkbar macht, begann es in den Köpfen derjenigen zu dämmern, welche nichts anderes zu tun wüssten, als in das Geheimnis über die Organisation kräftig mit einzustimmen. Es ist keine Seltenheit, dass in der Düte 6—7 M. enthalten sind, mit denen die betr. Arbeiterin eine Woche leben soll. Die Schriftleitung ging sogar soweit, dass am Mittwoch, dem 7. September, die Belegschaft passiven Resistenzen lebte und sofort eine Verhandlung mit der Firma verlangte. Die Belegschaft auf einen Erfolg ohne Gewerkschaften waren sehr gering, weshalb von Seiten der Betriebsvertretung eine Betriebsversammlung einberufen wurde, die außergewöhnlich stark besucht war. Auch die Vertretung der AGO ließ es sich nicht nehmen, zu erscheinen. So wünschte der AGO-Vorsteher den Saal verlassen, weil nicht einmal die Kindheitsvertretung gegeben war. Im Verlauf der Versammlung kam zum Ausdruck, dass nicht einmal der vom Arbeitgeber angeschlagene Lohn verdient werde. Die Vertreter der Organisationen konnten nur den Rat geben, in die Verbände einzutreten, wenn sie etwas erreichen wollten, weil für Unorganisierte nicht gekämpft werde. Es liegen Beweise vor, dass pro Stunde bis zu 10 Pf. fehlen, um nur auf den Lohn zu kommen, den der Arbeitgeber angekündigt hat. Wenn nicht alles fröhlt, kann angenommen werden, dass die Belegschaft sich eines Besseren besinn. Sie hat eingesehen, dass mit passiver Resistenz und wilden Streiks nichts zu erreichen ist. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die dem Arbeitgeber durch den Betriebsratsvorsitzenden vorgelegt werden soll. Die Arbeiterschaft sei entschlossen, bis zum Aufruhr zu kämpfen, um zu ihrem Recht zu kommen. — Die Schlagmütigkeit ist nun abgelegt, hoffen wir, dass andere Betriebe bald folgen mögen, in denen noch schlechtere Zahlungen verhältnisse zu verzeichnen sind. J. S.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der nationale, wirtschaftspolitische und soziale Willen der christlichen Gewerkschaften. — Für nationale und soziale Freiheit — gegen Diktatur und Reaktion. — Der freiwillige Arbeitseid. — Das Reichsarbeitsministerium antwortet — Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Alu. — Auch Freiheit gewinnt man auf die Straße. — **Zeitung:** Artikel — Wirtschaftskrieg. — Aus der Jugendbewegung für den Bezirk Kreisfeld. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Ostritz. — Wilm/Gösslingen. — Buchbesprechung.

Schriftleitung: Otto Rader, Düsseldorf, Florastraße 2.